

Protokoll
der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung - Stavo/018/2013
am Mittwoch, den 03.07.2013
im großen Sitzungssaal

Beginn: 19:10 Uhr

Ende: 21:25 Uhr

Um 19.10 Uhr eröffnet Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn die 18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Von den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten Semmler und Gottwals. Von den Herren Stadträten fehlt entschuldigt Herr Stadtrat Semmler.

Der Magistrat wird vertreten durch Herrn Bürgermeister Klug, Herrn 1. Stadtrat Teubner-Damster und die Herren Stadträte Wagner, Lindner, Baumgartner, Parr, Stengel und Maikranz, sowie Frau Stadträtin Albert. Von der Verwaltung sind Herr Magistratsoberrat Weicker, Herr Högel und die Schriftführerin Frau Wießner anwesend.

Beratung:

1 Eröffnung und Begrüßung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung fest.

2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn stellt die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

3 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Stadtverordneter Kröll möchte die Tagesordnung dahingehend ändern, den TOP 7 in den Sitzungsteil B als neuen TOP 9 zu behandeln. Die bisherigen TOP 8 und 9 verschieben sich entsprechend.

Gegen die nunmehr vorliegende Tagesordnung werden keine Beanstandungen erhoben.

Tagesordnung:

1 Eröffnung und Begrüßung

2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

- 3 Genehmigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
- 5 Mitteilungen
- 6 Abgabe einer Ehrenerklärung gegenüber den politisch Verfolgten des NS-Regimes von 1933 - 1945

Sitzungsteil A

- 7 Wahl der Schöffen, hier: Aufstellung der Vorschlagslisten
- 8 Beratung und Beschlussfassung über eine neue Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Laubach

Sitzungsteil B

- 9 Grundsatzbeschluss zur Interkommunalen Zusammenarbeit mit den Städten Grünberg, Hungen und Lich
- 10 Beratung und Beschlussempfehlung über die Annahme und Weiterleitung einer Zuwendung des Landes in Höhe von 697.000 € für die Errichtung einer Tagespflegeeinrichtung in Laubach - Freiesen
- 11 Beratung und Beschlussfassung über die Neuausweisung eines RuheForstes im Stadtwald Laubach
- 12 Bauleitplanung der Stadt Laubach, Kernstadt, Änderung des wirksamen Flächennutzungsplanes im Bereich "Gaulskopf / Buchwald"
hier: a. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs.1 BauGB
b. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit durch öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
c. Beschluss zur Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB
- 13 Bauleitplanung der Stadt Laubach, Kernstadt, Bebauungsplan "Gaulskopf / Buchwald"
hier: a. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs.1 BauGB
b. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit durch öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
c. Beschluss zur Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB
- 14 Verlängerung und Konkretisierung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe der Stadt Laubach
- 15 Anfragen

4 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Gegen das Protokoll der Stadtverordnetenversammlung am 28.05.2013 werden keine Beanstandungen vorgebracht. Das Protokoll gilt als genehmigt.

5 Mitteilungen

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn macht die Mitteilung, dass in der vergangenen Woche die Arbeitsgemeinschaft der Parlamentsvorsteher im Landkreis Gießen die Erklärung gegen neonazistische Aktivitäten im Lumdatal aufgegriffen und für alle Parlamente eine eigene Erklärung verfasst und veröffentlicht wurde.

Herr Bürgermeister Klug macht nachfolgende Mitteilungen:

1. In den Sitzungsmappen liegt ein Vermerk, welche Dinge aus einsatztechnischer Sicht für die Gewährleistung des Brandschutzes angeschafft worden sind.
2. Die Errichtung von Windkraftanlagen wirken sich nicht negativ auf das Prädikat Luftkurort aus, wenn die vorhandenen Abstände zur Wohnbebauung und die immissionsschutzrechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Die Pachteinnahmen wurden in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen und betragen pro Windkraftanlage derzeit bis zu 30 T€. Mit Gewerbesteuerzahlungen ist erst nach ca. 6 Jahren zu rechnen, dies ist abhängig von der betriebswirtschaftlichen Entwicklung. Wenn der Firmensitz nicht in Laubach ist erhält die Stadt Laubach 70 % der Gewerbesteuer für jede Windkraftanlage. Die Höhe der Gewerbesteuer richtet sich nach der Wirtschaftlichkeit und der Windhöffigkeit. Erst wenn das Verfahren abgeschlossen ist, kann eine Proberechnung durch die Betreiber angestoßen werden. In die mittelfristige Finanzplanung wurden daher keine Gewerbesteuereinnahmen aufgenommen.
3. Dieses Jahr wird es eine Gewinnausschüttung der Sparkasse an die Stadt in Höhe von 128.000,00 € geben.

6 Abgabe einer Ehrenerklärung gegenüber den politisch Verfolgten des NS-Regimes von 1933 – 1945

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn gibt für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach eine Ehrenerklärung gegenüber den politisch Verfolgten des NS-Regimes von 1933 bis 1945 ab.

Dabei ist an die Laubacher Bürger aus allen Bevölkerungsschichten zu denken, die offen Widerstand gegenüber der nationalsozialistischen Diktatur geleistet haben oder auf andere Weise ihre Gegnerschaft gegenüber dem verbrecherischen Totalitarismus offenbarten und mit sich trugen.

Sie standen für ein besseres Deutschland.

Sitzungsteil A

7 Wahl der Schöffen, hier: Aufstellung der Vorschlagslisten

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 405/2013.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die aufgestellte Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9	8	9		1	2	29
Nein-Stimmen				1			1
Enthaltungen			1	4			5

Der Antrag ist angenommen.

8 Beratung und Beschlussfassung über eine neue Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Laubach

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 414/2013.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage beigefügte neue Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Laubach.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9	8	10	5	1	1	34
Nein-Stimmen							
Enthaltungen						1	1

Der Antrag ist angenommen.

Sitzungsteil B

9 Grundsatzbeschluss zur Interkommunalen Zusammenarbeit mit den Städten Grünberg, Hungen und Lich

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 398/2013.

An der Diskussion beteiligen sich Herr Stadtverordneter Ruppel und Herr Bürgermeister Klug.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, zukünftig im Rahmen einer Interkommunalen Zusammenarbeit eine enge gemeinsame Kooperation mit den Nachbarkommunen Hungen, Grünberg und Lich anzustreben.

Dieser Grundsatzbeschluss sieht ausdrücklich auch eine mögliche schrittweise Kooperation in einzelnen Bereichen zwischen lediglich zwei oder drei Kommunen vor.

Die angestrebte Kooperation wird von der Erkenntnis getragen, dass in Einzelbereichen gewünschte Synergieeffekte eintreten sollen. Mit dem Eingehen von Kooperationen soll kein vorhandenes Personal entlassen werden.

Alle angestrebten Kooperationen unterliegen aber in jedem Fall der Zustimmung durch die Vertretungskörperschaften der jeweils beteiligten Städte.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9		10	5	1	2	27
Nein-Stimmen		8					8
Enthaltungen							

Der Antrag ist angenommen.

10 Beratung und Beschlussempfehlung über die Annahme und Weiterleitung einer Zuwendung des Landes in Höhe von 697.000 € für die Errichtung einer Tagespflegeeinrichtung in Laubach - Freienseen

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 421/2013.

An der Diskussion beteiligen sich die Herren Stadtverordneten H. Roeschen, Ruppel, Lang, Köhler, Frank, Dr. Rinker, Niesner sowie Frau Stadtverordnete Schäfer-Klaus und Herr Bürgermeister Klug.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Annahme und Weiterleitung der Zuwendung des Landes Hessen in Höhe von 697.000 € an die DorfSchmiede gGmbH zwecks Errichtung einer Tagespflegeeinrichtung in Laubach – Freienseen. Die Zuwendung wird erst im Jahre 2014 kassenwirksam und entsprechend im Haushalt 2014 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	1		10	5	1	2	19
Nein-Stimmen	6	8					14
Enthaltungen	2						2

Der Antrag ist angenommen.

11 Beratung und Beschlussfassung über die Neuausweisung eines RuheForstes im Stadtwald Laubach

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 415/2013.

An der Diskussion beteiligen sich die Herren Stadtverordneten E. Roeschen, Ruppel, Schwab, Dr. Häbel, H. Roeschen, Frank, Dr. Rinker, Gontrum sowie die Damen Stadtverordneten Dr. Schmahl und Hanak und Herr Bürgermeister Klug sowie Herr Magistratsoberrat Weicker.

Herr Stadtverordneter Schwab stellt den Antrag den TOP von der Tagesordnung zu nehmen und ihn in nächster Sitzung nach einer Ortsbegehung erneut zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen		8				2	10
Nein-Stimmen	9		10	5	1		25
Enthaltungen							

Der Antrag ist abgelehnt.

Herr Stadtverordneter E. Roeschen stellt den Änderungsantrag den Bereich „Der Senges“ ersatzlos zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9	6	9	5	1		30
Nein-Stimmen		2					2
Enthaltungen			1			2	3

Der Antrag ist angenommen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Bereich der Kernstadt nördlich des Gaulskopf, einen weiteren RuheForst einzurichten.

Die notwendigen Herstellungskosten (65.000 €) und die Kosten der Inbetriebnahme (15.000 €) werden im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2013 gem. § 100 HGO bereitgestellt.

Wegen vertraglicher Verpflichtungen ist es zwingend notwendig, dass bei Beratungen zu den finanziellen Vertragsbedingungen die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9		8	5	1		23
Nein-Stimmen		4				2	6
Enthaltungen		4	2				6

Der Antrag ist angenommen.

- 12 Bauleitplanung der Stadt Laubach, Kernstadt,
Änderung des wirksamen Flächennutzungsplanes im Bereich
"Gaulskopf / Buchwald"**
hier: a. **Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs.1 BauGB**
b. **Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit durch
öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB**
c. **Beschluss zur Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2
BauGB**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 416/2013 sowie dem unter TOP 11 gefassten Änderungsbeschluss.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung eines Änderungsplanes zum rechtswirksamen Flächennutzungsplan für den Bereich „Gaulskopf, Teilfläche Flur 18, Flurstück 2, östlich der Kernstadt Laubach/nordöstlich des Landhotels „Waldhaus“. Mit der Flächennutzungsplanänderung werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Anlage eines Begräbniswaldes (RuheForst) im vorhandenen Waldbestand geschaffen. Der vorläufige Geltungsbereich ist der beiliegenden Übersichtskarte zu entnehmen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung durch öffentliche Auslegung des Planentwurfes gem. § 3 Abs. 2 BauGB.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB.
4. Der Aufstellungsbeschluss sowie die Durchführung der öffentlichen Auslegung sind fristgerecht ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9		8	5	1		23
Nein-Stimmen		3				2	5
Enthaltungen		5	2				7

Der Antrag ist angenommen.

- 13 Bauleitplanung der Stadt Laubach, Kernstadt, Bebauungsplan "Gaulskopf / Buchwald"**
hier: a. **Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs.1 BauGB**
b. **Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit durch öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB**
c. **Beschluss zur Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 417/2013 sowie dem unter TOP 11 gefassten Änderungsbeschluss.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich „Gaulskopf, Teilfläche Flur 18, Flurstück 2, östlich der Kernstadt Laubach/nordöstlich des Landhotels „Waldhaus“. Mit dem Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Anlage eines Begräbniswaldes (RuheForst) im vorhandenen Waldbestand geschaffen. Der vorläufige Geltungsbereich ist der beiliegenden Übersichtskarte zu entnehmen.
- Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung durch öffentliche Auslegung des Planentwurfes gem. § 3 Abs. 2 BauGB.
- Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB.
- Der Aufstellungsbeschluss sowie die Durchführung der öffentlichen Auslegung sind fristgerecht ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9		8	5	1		23
Nein-Stimmen		3				2	5
Enthaltungen		5	2				7

Der Antrag ist angenommen.

14 Verlängerung und Konkretisierung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe der Stadt Laubach

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 391/2013.

An der Diskussion beteiligen sich die Herren Stadtverordneten Ruppel, H. Roeschen und Dr. Rinker.

Herr Stadtverordneter Ruppel stellt den Änderungsantrag den Kommandowagen aus dem Bedarfs- und Entwicklungsplan zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen		7					7
Nein-Stimmen	9		10	5	1	2	27
Enthaltungen		1					1

Der Antrag ist abgelehnt.

Herr Stadtverordneter H. Roeschen stellt den Änderungsantrag den Kommandowagen bei Bedarf als Leasingfahrzeug anzuschaffen und somit das Anschaffungsjahr 2014 zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9	6	10	5	1	2	33
Nein-Stimmen		2					2
Enthaltungen							

Der Antrag ist angenommen.

Der Aktenvermerk zu diesem TOP wird dem Protokoll beigelegt (*Anlage 1*).

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den bestehenden Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe der Stadt Laubach mit der eingearbeiteten Ergänzung und Konkretisierung auf der Grundlage des Beschlusses vom 10.05.2012 für die Dauer von weiteren zwei Jahren.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9	5	10	5	1	2	32
Nein-Stimmen		1					1
Enthaltungen		2					2

Der Antrag ist angenommen.

15 Anfragen

Die CDU-Fraktion stellte nachfolgende Anfrage schriftlich an die Verwaltung:

1. Welche Schulungs-/Weiterbildungsmaßnahmen wurden seit Amtsantritt bis heute von Herrn Bürgermeister Klug wahrgenommen?
2. Wer hat den Auftrag zu den Schulungsmaßnahmen gegeben?
3. Welche Kosten sind (detailliert aufgeschlüsselt) entstanden?

Herr Bürgermeister Klug antwortet, dass die Beantwortung dem Protokoll beigelegt wird (Anlage 2).

Herr Stadtverordneter Ruppel stellt aufgrund der in der Infoveranstaltung der Bürgerinitiative „Rettungsschirm Natur Laubach“ und im HFA getroffenen Aussagen bezüglich der detailgenauen Standorte nachfolgende Anfrage:

1. Welche der beiden getroffenen Aussagen ist zutreffend?
2. Warum wurde das Gutachten der iterra weder im Magistrat, noch im Fachausschuss vorgestellt, obwohl, wie mittlerweile bekannt wurde, dieses schon seit April vorliegt?

Herr Bürgermeister Klug antwortet:

1. Zu der Anfrage welche Aussagen zutreffend sind a) es lägen noch keine genauen Daten vor und b) dies würde sich stündlich ändern, kann ich nur ausführen, dass es so ist. Im Moment sind Gutachter von namhaften Firmen im Außenbereich tätig, die hinsichtlich des Naturschutzes unsere Gebiete überprüfen. Hier kann es zum Beispiel aufgrund von Konfliktpotentialen zu Horst-Standorten, Fluglinien und Vogelvorkommen zu Ausschlussgründen für die Genehmigungsfähigkeit von Windkraftanlagen kommen.

Wer die Informationsveranstaltungen in Freientseen und Lauter besucht hat, wird sich erinnern können, dass hier immer gesagt wurde, dass die genauen Standorte sich ständig ändern können. Klar gab es eine erste Grobplanung in Bezug auf Abstandsflächen zur Wohnbebauung und Straßen, jetzt wird wie eben schon erwähnt, der Rest in Bezug auf Naturschutz überprüft.

In den Unterlagen finden Sie den derzeitigen Planungsstand der iterra Wind. Hier ist zu erkennen, dass 5 mögliche Standorte auf dem Gebiet der Stadt Laubach liegen. Aktuell, was sich noch ändern kann, 2 Anlagen auf städtischen Grundstücken und 3 auf Eigentum von Hessenforst. Derzeit wird aber daran gearbeitet, wenn es Naturschutz, Abstandsflächen, Windhöflichkeit und noch viele andere Faktoren hergeben, noch eine weitere Anlage auf unserem Eigentum zu ermöglichen. Dies würde in Richtung Westen oder Süden passieren.

Zitat iterra Wind: „...es hat sich aber weiter gezeigt, dass das gesamte IGL Gebiet aus avifaunistischer Sicht nicht sonderlich konfliktreich ist. Auch die Situation die Fledermäuse betreffend schildert Herr Weise als nicht zu problematisch – genaueres muss in Gutachten aber noch belegt werden...“

Ein Plan der HE liegt ebenfalls in den Unterlagen, worauf zu erkennen ist, dass gegenüber den ersten Gesprächen nur noch 5 Anlagen auf Laubacher Gebiet stehen und nicht mehr 6 Anlagen.

Zitat aus der Mail von HE an das RP: „Danke an die Behörde in Sachen „Funktionsraumanalyse Schwarzstorch“ im kommunalen Wunschgebiet Freieenseen-Sellnrod. Gleichwohl wird unser Verständnis für die Entscheidung der Behörde auf eine harte Probe gestellt. Laut Frau Lenk vom Büro Gutschker & Dongus hat die Behörde die Entscheidung getroffen, dass eine Funktionsraumanalyse ohne Brut des Schwarzstorches keinen Sinn macht und wir diese im nächsten Jahr durchführen sollen. Damit wird nun auch der Stadt Laubach und zukünftigen Investoren schwerer wirtschaftlicher Schaden zugefügt ... Wann in Laubach die Funktionsraumanalyse in einer für die Behörde akzeptierenden Form durchgeführt werden kann, ist ebenfalls unabsehbar. Wir sehen uns erneut in unserer grundsätzlichen Kritik an den übergeordneten Regeln die durch den „Naturleitfaden des Landes Hessen“ vom HMUELV eingeführt wurden bestätigt...“

2. Beide Firmen arbeiten mit Hochdruck daran, dass in Laubach WK Anlagen ermöglicht werden können um unseren gemeinsamen Beschluss umzusetzen. Wenn hier von Gutachten gesprochen wird, dann müssen wir dies aber unterscheiden. Beim jetzigen Verfahren wurde eine Stellungnahme im Rahmen der ersten Offenlage zum Teilregionalplan abgegeben. Diese Stellungnahme muss natürlich mit solchen belegt werden. Alles im Rahmen der Beschlusslage, dass wir Windkraftanlagen wollen.

Wie aus der Presse zu entnehmen war – hatten wir eine Pressekonferenz und darüber berichtet – was der derzeitige Planungsstand ist. Auch diese Unterlagen sind beigefügt.

Im Ausschuss wurde ausführlich darüber berichtet, auch das von den beteiligten Firmen ein Rechtsanwalt beauftragt wurde, sich diesem Verfahren anzunehmen.

Nach der Sommerpause wird der Planungsstand in den Fachgremien durch die beteiligten Firmen vorgestellt.

Herr Stadtverordneter Lakos fragt an, wann der Breitbandausbau in Freieenseen beginnt und was zu der Verzögerung geführt hat?

Herr Bürgermeister Klug antwortet, dass der erste Spatenstich gemacht wurde und dass der Ausbau bis Ende des Jahres vollzogen ist. Das schlechte Wetter und die Vielzahl an Aufträgen haben zu der Verzögerung geführt.

(Joachim Michael Kühn)
Vorsitzender

(Christina Wießner)
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03.07.2013

Stadtverordnetenvorsteher

Stadtverordneter Kühn, Joachim Michael

CDU-Fraktion

Stadtverordnete Diepolder, Christine

Stadtverordnete Hanak, Isolde

Stadtverordneter Jäger, Bernhard

Stadtverordneter Kröll, Axel

Stadtverordneter Luckert, Manfred

Stadtverordneter Rinker, Mike Dr.jur.

Stadtverordneter Ruppel, Björn Erik

Stadtverordneter Schwab, Volker

SPD-Fraktion

Stadtverordneter Eisenfeller, Helmut

Stadtverordneter Lakos, Carl

Stadtverordneter Mohr, Harald

Stadtverordnete Rahn, Inge Marlies

Stadtverordneter Roeschen, Hartmut

Stadtverordnete Schäfer-Klaus, Gabriele

Stadtverordnete Steinbach, Marika

Stadtverordneter Viehl, Mathias

Stadtverordneter Waschke, Uwe

Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen

Stadtverordnete Becker, Carmen

Stadtverordnete Dietz, Barbara Dipl.-Rest.

Stadtverordneter Köhler, Michael

Stadtverordnete Musolff, Bärbel

Stadtverordnete Schmahl, Christiane Dr.

FDP-Fraktion

Stadtverordneter Roeschen, Eberhard

FW-Fraktion

Stadtverordneter	Bigdun, Bernd	_____
Stadtverordneter	Emrich, Klaus	_____
Stadtverordnete	Frank, Elisabeth	_____
Stadtverordneter	Häbel, Ulf Dr.	_____
Stadtverordneter	Lang, Horst	_____
Stadtverordneter	Neuhäuser, Josef	_____
Stadtverordneter	Niesner, Artur	_____
Stadtverordneter	Straka, Andreas	_____
Stadtverordnete	Sussmann, Anne	_____

Bürger für Laubach

Stadtverordneter	Frank, Hans-Georg	_____
Stadtverordneter	Gontrum, Hans	_____

Magistrat

Bürgermeister	Klug, Peter	_____
Stadträtin	Albert, Ingrid	_____
Stadtrat	Baumgartner, Wolfgang	_____
Stadtrat	Lindner, Hans-Peter	_____
Stadtrat	Maikranz, Siegbert	_____
Stadtrat	Parr, Hans Walter	_____
Stadtrat	Stengel, Uwe	_____
1. Stadtrat	Teubner-Damster, Hans-Georg	_____
Stadtrat	Wagner, Horst	_____

Schriftführer/in

Verwaltungsfach- wirtin	Wießner, Christina	_____
----------------------------	--------------------	-------

Verwaltung

Oberinspektor	Högel, Stephan	_____
Magistratsoberrat	Weicker, Karl-Heinz	_____

entschuldigt fehlt

FW-Fraktion

Stadtverordneter	Gottwals, Ralf	_____
Stadtverordneter	Semmler, Günther	_____

Magistrat

Stadtrat	Semmler, Axel	_____
----------	---------------	-------